Stadtrat Jens Herrmann-Kambach
Fraktion DIE LINKE

25.8.2014

Stadtrat Konrad Riedel
CDU-Fraktion

OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Riedel,

ich habe großes Verständnis, dass es Sie ärgert, wenn ich öffentlich darstelle, dass es in unsere Stadt keine große Lobby für den Fußgängerverkehr und Öffentlichen Personennahverkehr gibt. Schließlich nutzen Sie persönlich tagtäglich die Straßenbahn bzw. den Bus und setzen sich in Ihrer Funktion als Mitglied des Behindertenverbandes der Stadt Leipzig aktiv für verbesserte Bedingungen für Gehbehinderte auf unseren Fußwegen und bei der Benutzung des ÖPNV's ein.

Trotzdem bleibe ich dabei: In Leipzig hat der Fußgänger und ÖPNV keine machtvolle Lobby.

Einige (Haushaltsanträge-)Anträge der letzten Jahre, die das Ziel hatten, Fußwege und Fußgängerquerungen zu verbessern, wurden im Stadtrat abgelehnt. So sind vielerorts die Fußwege nur als mangelhaft zu bezeichnen. Nicht selten wurde argumentiert, dass straßenbegleitende Fußwege erst wieder instandgesetzt werden, wenn auch die Straße grundhaft saniert wird.

Wer aber dafür der Stadtverwaltung, und hier insbesondere dem Verkehrs- und Tiefbauamt, einen Vorwurf macht, vergisst, dass der Stadtrat jahrelange auf Straßenneubau statt Instandsetzung gesetzt hat und es bis zur Beschlussfassung des Antrages A 392 keine Mehrheit für eine separate Haushaltsstelle, einschließlich finanzieller Mittel zur Instandhaltung und Sanierung von Fußwegen, gab (Ausnahme: Fußwege innerhalb der Innenstadt!).

Eine entscheidende Rolle für die Ablehnung der entsprechenden vorherigen Anträge spielte dabei der oder die jeweilige Beigeordnete für Finanzen (seit 1990 nur CDU-Mitglieder).

Dies betrifft auch die Maßnahmen für den ÖPNV. So werden es weder die LVB (für die Straßenbahnhaltestellen) noch die Stadt Leipzig (für die Bushaltestelle) nach derzeitigem Stand finanziell schaffen, dass bis zum Jahr 2022 jede Haltestelle entsprechend der Vorgaben des Personenbeförderungsgesetzes behindertengerecht ausgebaut ist. Es gab auch keinen Protest seitens der CDU-Fraktion, als die zuständige Bürgermeisterin erklärt, die entsprechende Ausnahmeregelung des Personenbeförderungsgesetzes in Anspruch zu nehmen.

Sehr bedauere ich aber Ihre, im Artikel der LVZ vom 23.08.14 Seite 18 dem Leser vermittelte Reaktion, da die Behauptung, ich leide unter Gedächtnisverlust nicht nur unwahr ist, sondern eine bewusste (?) Irreführung der Öffentlichkeit darstellt!

Zu den einzelnen Themen:

Fußwegekonzept
LVZ vom 23.08.2014
„Vor wenigen Wochen erst“, erinnerte er, „wurde ein von der CDU-Fraktion gefordertes Fußwegekonzept im Stadtrat mehrheitlich auch von der Fraktion DIE LINKE abgelehnt."

Ein Blick ins elektronische Ratsinformationssystem der Stadt – Protokoll der Ratsversammlung vom 17.04.2013 – belegt, dass die Fraktion DIE LINKE dem Antrag der CDU-Fraktion für ein Gehweginstandsetzungsprogramm zugestimmt hat. Ein weiterer Antrag zum Fußgängerverkehr der CDU-Fraktion wurde in den letzten Wochen und Monaten nicht abgestimmt.

Georg-Schumann-Straße
LVZ vom 23.08.2014
“Dass die Stadtverwaltung nicht nach Beschluss handelte, sondern die Markierungen ohne Test dauerhaft im teuren Dampfverfahren aufbrachte und von Auswertungen nichts wissen wollte, hätte auch Stadtrat und ÖPNV-Fachmann Herrmann-Kambach unter anderem mit Nachfragen beeinflussen können“, sagte Riedel.“

Auch in dieser Sache hilft ein Blick ins eRIS.

Im Antrag der CDU-Fraktion V/A196 aus dem Jahr 2011 steht kein Wort davon, dass die Markierung nicht per Dampfverfahren aufgebracht werden sollte. Im Protokoll der Ratssitzung ist aber nachzulesen, dass Stadtrat Herrmann empfahl, nicht die gesamte Georg-Schumann-Straße zu markieren, sondern abschnittsweise vorzugehen, um so erste Erkenntnisse für weitere Abschnitte zu berücksichtigen.

Ein Blick in den nichtöffentlichen Teil des eRIS unter Protokolle des Fachausschusses Stadtentwicklung und Bau hätte auch belegt, dass das Thema „Behinderung des ÖPNV im Bereich der Georg-Schumann-Straße zwischen Chausseehaus und Lützowstraße“ mehrfach durch mich angesprochen wurde.

Sehr geehrter Herr Riedel,

ich würde mich freuen, wenn Sie in Zukunft für ihre Pressemitteilungen besser recherchieren würden. Sehr gerne unterstütze ich Sie auch dabei!

Freundliche Grüße und auf eine gute Zusammenarbeit im Interesse der Bürger der Stadt Leipzig

Jens Herrmann-Kambach
Stadtrat der Fraktion DIE LINKE und
verkehrspolitischer Sprecher

Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Ratsversammlung vom 17.4.2013:

13.12 V/A 392 CDU-Fraktion
Erstellung eines eigenständigen Gehweginstandsetzungsprogramms als Grundlage der Planung

Beschluss Nr.: RBV-1591/13 vom 17.04.13
Die Stadtverwaltung erarbeitet bis Jahresende ein mit dem Mittelfristigen Straßen- und Brückenbauprogramm abgestimmtes, aber eigenständiges Gehweg***sanierungs***programm, das geeignet ist, Grundlage für die mittelfristige Planung von Kapazitäten (Planung, Bau und Finanzen) zu sein. Die Prioritätensetzung erfolgt nach der realen Bedeutung der Fußwege für den Fußgängerverkehr und dem tatsächlichen baulichen Handlungsbedarf. In die Erarbeitung werden die Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte einbezogen.
Votum: einstimmig angenommen bei 3 Stimmenthaltungen

Auszug aus der Niederschrift der Ratsversammlung vom 17.4.2013

13.12. CDU-Fraktion: Erstellung eines eigenständigen Fußwegesanierungsprogramms (Antrag V/A 392, Neufassung, Austauschblatt)

Stadtrat Riedel (CDU-Fraktion) macht einleitend darauf aufmerksam, dass es nicht um ein Gehweginstandsetzungsprogramm, sondern um ein Gehwegsanierungsprogramm gehe.

Sinn des Antrages sei es, mittelfristig Sicherheit in Planung und Finanzplanung zu bringen. Zu einem großen Teil sei die Fußwegplanung der Straßenplanung angeschlossen worden, und bei neuen Magistralen seien neue Fußwege entstanden. Jedoch würden auch in den Wohngebieten Gehwege genutzt. Der Antrag solle dazu führen, dass Gehwege in der Reihenfolge ihrer tatsächlichen Nutzung durch die Bürger errichtet werden. Deshalb sollten auch die Ortschaftsräte und die Stadtbezirksbeiräte einbezogen werden.

Mit dem Antrag komme der Stadtrat der Verwaltung entgegen. Der Antrag solle den Bürgern zeigen, dass nicht nur Straßen und Radwege saniert werden, sondern auch Fußwege. Deshalb bitte er, Riedel, um Zustimmung zu diesem Antrag.

Stadtrat Schlegel (Fraktion DIE LINKE) konstatiert, dass die CDU-Fraktion eine von der Linksfraktion gegebene Anregung hinsichtlich der Überschrift des Antrages übernommen habe. Die Begriffe „Instandsetzung“ und „Sanierung“ seien rechtlich definiert. Da die Verkehrssicherungspflicht im öffentlichen Raum bei der Stadt liege, müsse sie bei „Gefahr im Verzug“ unverzüglich mittels kleinflächiger Instandsetzungsmaßnahmen handeln. Dafür sei ein Projekt nicht erforderlich.

Bei großflächigen Straßensanierungsmaßnahmen würden die Gehwege selbstverständlich eingebunden. Aber es gebe auch separate Gehwege. Die Linksfraktion sei sehr wohl damit einverstanden, wenn als Bestandteile des mittelfristigen Programms solche separaten Gehwege aufgenommen würden. So etwas müsse allerdings entsprechend der jeweiligen Situation jährlich präzisiert werden.

Stadtrat Leuze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass die CDU-Fraktion eine Idee der Grünen aufgegriffen habe. Auf Initiative der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seien nämlich 500.000 € zur Gehwegsanierung in den diesjährigen Haushalt aufgenommen worden.

Oberbürgermeister Jung gibt bekannt, dass die Aussagen von Stadtrat Schlegel zu Protokoll genommen würden.

In der zweiten Zeile des Beschussvorschlages sei das Wort „Gehweginstandsetzungsprogramm“ durch das Wort „Gehwegsanierungsprogramm“ zu ersetzen.

Abstimmung: Unter Berücksichtigung der soeben vom Oberbürgermeister mitgeteilten Änderung wird Antrag V/A 392 ohne Gegenstimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Antrag-Nr.: V/A 196/11 Neuordnung des Verkehrs im Leipziger Norden

2. Zeitnah danach soll zur Unterstützung dieser Verkehrsverlagerung und im Vorgriff auf den notwendigen grundlegenden Umbau der Georg-Schumann-Straße deren Straßenraum durch Markierung neu gestaltet werden. Diese Neumarkierung erfolgt nach der Grundidee des Maßnahmevorschlags Nr. 09 „Georg-Schumann-Allee“ des Projektes „Mach`s Leiser! Mitwirken bei der Lärmaktionsplanung in Leipzig“ und beinhaltet im Sinne eines Verkehrstestes somit die überwiegende Umwidmung des Seitenstreifens zu Parkbuchten, das Anlegen eines benutzungspflichtigen Radstreifens und die überwiegend 1-spurige Führung des Kfz-Verkehrs im verbleibenden Straßenraum. Dieses Grundkonzept wird bis Ende 1. Quartal 2012 mittels verkehrstechnischer Berechnungen und vertiefender Planung präzisiert und das Ergebnis dem Stadtrat vorgelegt. Um trotz Fahrbahnreduzierung einen flüssigen Verkehr zu sichern und Schleichverkehr durch angrenzende Wohngebiete zu vermeiden, wird die Schaltung der vorhandenen LSA auf Optimierungsmöglichkeiten geprüft.

Auszug aus der Begründung zum Antrag V/A 196/11

Eine sinnvolle Lösung wäre eine den Straßenumbau vorwegnehmende Neugestaltung des Straßenraumes mittels Markierung. Damit kann die neue Verkehrsorganisation in der Praxis testen werden, um bei Bedarf mit vergleichsweise geringem Aufwand nachbessern zu können. Als Grundidee für diese Neuaufteilung des Verkehrsraumes sehen wir den von Bürgern des Leipziger Nordens erarbeiteten Maßnahmevorschlag „Georg-Schumann-Allee“ im Rahmen des vom Umweltverband Ökolöwe durchgeführten Projektes „Mach`s leiser ! Mitwirken bei der Lärmaktionsplanung in Leipzig“.
Die wesentlichen Elemente dieses Vorschlags sind:
*Umwidmung des Seitenstreifens zu Parkbuchten;
*angrenzend ein soweit wie möglich durchgehender und benutzungspflichtiger Fahrradstreifen;
*Führung des Kfz-Verkehrs in der verbleibenden Straßenmitte auf je einem Streifen, bei Gewährleistung der 2-Streifigkeit an Kreuzungszufahrten.

Auszug Protokoll Ratsversammlung vom 29.02.2012

13.3. CDU-Fraktion: Neuordnung des Verkehrs im Leipziger Norden (Antrag V/A 196 + Ergänzungsantrag EA 1 von Stadtrat Herrmann)

Stadtrat Rost (CDU-Fraktion) legt dar, die positiven Diskussionen und Voten in den Fachausschüssen und der zustimmende Verwaltungsstandpunkt zeigten, dass man sich über die Notwendigkeit von Maßnahmen in der Georg-Schumann-Straße weitestgehend einig sei. Nach Verlagerung der B 6 habe man mit diesem Antrag die Möglichkeit, ohne den städtischen Haushalt zu belasten, mit einfachen Maßnahmen, wie Markierungen, Schaffung von Radwegen und Parkbuchten, die Verkehrssituation in der Georg-Schumann-Straße zu entspannen. Vielleicht könnten diese Maßnahmen wie ein Impuls für diese Magistrale wirken. Die Lebens- und Aufenthaltsqualität könne an dieser Stelle in einem ersten Schritt verbessert werden. Dies sei vor allem im Interesse der Anwohner und auch der dortigen Gewerbetreibenden.

Stadtrat Rost weist besonders auf zwei Punkte hin. Erstens dürften die Minimalmaßnahmen, die durch den Antrag eingefordert würden, nicht als Ersatzmaßnahmen für den dringend notwendigen grundhaften Ausbau und Umbau der Georg-Schumann-Straße in den nächsten Jahren verstanden werden. Für diesen grundhaften Ausbau seien erhebliche Mittel notwendig, die im Moment nicht verfügbar seien, aber das Provisorium, das jetzt geschaffen werde, dürfe nicht als Entschuldigung für einen dauerhaften Zustand dienen.

Zweitens müsse verhindert werden, dass angesichts dieser Maßnahmen die Parallelstraßen, insbesondere die Möckernsche Straße, die Kirschbergstraße und die Berggartenstraße, als Ausweichstraßen genutzt werden; denn dann würde das Verkehrsproblem lediglich an eine andere Stelle verlagert. Auch hier sei es notwendig, perspektivisch etwas zu verändern, um den Leipziger Norden nicht nur hinsichtlich des Verkehrs, sondern auch als Wohnviertel attraktiv und lebenswert zu halten.

Hinsichtlich des Ergänzungsantrages hält es Stadtrat Rost für möglich, mit einer Erklärung der Verwaltung dem Anliegen von Stadtrat Herrmann Genüge zu tun. Herr Herrmann rege an, die im Antrag erwähnten Maßnahmen zunächst im Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau vorzustellen. Dies sei selbstverständlich, sodass man davon ausgehen könne, dass dem Ergänzungsantrag zugestimmt werde. Im Übrigen bitte er, Rost, darum, dem Antrag in der Fassung des Alternativvorschlages der Verwaltung zuzustimmen.

Stadtrat Herrmann (Fraktion DIE LINKE) erinnert an eine Sitzung des Beirates des Projektes „Mach's leiser!“ im August 2011 in der Georg-Schumann-Straße. Zu dieser Sitzung seien von den Fraktionen und von der Verwaltung Vertreter entsandt worden. Man habe darüber diskutiert, wie mit den Vorschlägen der Bürger beispielsweise zur Abmarkierung der Georg-Schumann-Straße umgegangen werden solle, da ein Umbau dieser Straße derzeit leider finanziell und auch aus Gründen des Planungsrechts nicht möglich sei.

Bei der erwähnten Sitzung habe aber nicht nur die Georg-Schumann-Straße eine Rolle gespielt. Herr Rost habe gerade die Kirschbergstraße angesprochen. Man müsse fragen, warum die CDU-Fraktion die Kirschbergstraße und auch den Goerdelerring nicht gleich mit in den Antrag aufnehme und warum keine andere Fraktion einen Antrag zu diesem Projekt gestellt habe. Dies sei nicht deswegen geschehen, weil die dort anwesenden Fraktionsvertreter das Bürgerengagement ablehnen würden, sondern deshalb, weil sie sich an eine Vereinbarung gehalten hätten, nämlich an die Vereinbarung, dass die Verwaltung

prüfen solle, was umgesetzt werden könne, um danach ein Programm zur Umsetzung vorzulegen. Dies sei Aufgabe der Verwaltung gewesen.

Natürlich könne man als Fraktion jederzeit einen Antrag stellen, allerdings sei es fraglich, ob dies der richtige Weg sei, wenn man sich zuvor mit den Bürgern geeinigt habe, wie damit umgegangen werden soll. Ein solches Vorgehen sei aber in letzter Zeit bei der CDU-Fraktion üblich. Wenn fraktionsübergreifende Anträge wie beispielsweise zur Streichung der Nordtangente Nordost aus dem Flächennutzungsplan angeregt würden, müsse man damit rechnen, dass zehn Minuten ein entsprechender Antrag von der CDU-Fraktion eingereicht werde.
Natürlich sei es möglich, die im Antrag genannten Maßnahmen umzusetzen. Allerdings müsse die Verwaltung auf das achten, was veröffentlicht werde. Das Anbringen einer Markierung über 4 km Länge koste erstens Geld, denn man streite über manche Markierungen, die nicht umgesetzt würden, weil das Geld dafür fehle. Zweitens müsse man genau schauen, was passiere. Wenn jetzt eine Markierung angebracht würde, bedeute dies, dass vermutet werde, dass die Georg-Schumann-Straße einmal so aussehen solle.

Stadtrat Herrmann zeigt sich erfreut darüber, dass Herr Rost seinen Vorschlag unterstütze, die vorgesehenen Maßnahmen im Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau vorzustellen. Vielleicht wäre es sinnvoll, schrittweise vorzugehen und zunächst für einen Abschnitt zu testen, wie eine solche Maßnahme unter den jetzigen Verhältnissen wirke. Auch der Autoverkehr benötige einige Zeit zur Annahme neuer Trassen.

LVZ vom 23.08.14
CDU-Stadtrat wirft Linken-Politiker Gedächtnisverlust vor

Die Kritik von Stadtrat Jens Herrmann-Kambach, wonach es in Leipzig keine starke Lobby für Fußgänger und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gebe, wird jetzt zum Boomerang für den Linken-Politiker. "Man könnte Gedächtnisverlust beim Kollegen vermuten", erklärte gestern CDU-Stadtrat Konrad Riedel. "Vor wenigen Wochen erst", erinnerte er, "wurde ein von der CDU-Fraktion gefordertes Fußwegekonzept im Stadtrat mehrheitlich auch von der Fraktion Die Linke abgelehnt."
Riedel wies zugleich den Vorwurf Herrmann-Kambachs zurück, wonach die CDU mit ihrem Antrag zur Neuordnung des Straßenraumes in der Georg-Schumann-Straße Behinderungen des Nahverkehrs überhaupt erst ausgelöst hätte. Es handele sich hierbei um Halbwahrheiten, hielt Riedel entgegen. Seine Fraktion habe lediglich beantragt zu testen, welche Auswirkungen die Einrichtung von Park- und Radverkehrsstreifen rechts und links der Trasse hätte.

„Dass die Stadtverwaltung nicht nach Beschluss handelte, sondern die Markierungen ohne Test dauerhaft im teuren Dampfverfahren aufbrachte und von Auswertungen nichts wissen wollte, hätte auch Stadtrat und ÖPNV-Fachmann Herrmann-Kambach unter anderem mit Nachfragen beeinflussen können", sagte Riedel. "Der Ortsverband Nord der CDU hatte mehrfach Kontakt auch in öffentlichen Veranstaltungen zu den Verkehrsplanern", so der CDU-Fraktionsvize, "wurde dazu vor dem Test von der Verkehrsbehörde einfach belogen." In den Planungsunterlagen seien nur Radfahrerschutzstreifen, markiert durch gestrichelte Linien, vorgesehen. Aufgetragen wurden aber durchgezogene Linien, die von Autos nicht überfahren werden dürfen. Dies führt dazu, dass der Kfz-Verkehr stellenweise auf den Gleiskörper der Straßenbahnlinie gezwungen wird. Selbst Herrmann-Kambach sprach davon, dass die Straßenbahnen dadurch besonders zwischen Chausseehaus und Lützowstraße behindert würden. K. S.